

Den gesellschaftlichen Reichtum sozial verteilen.*)

Jetzt mit einer Finanztransaktionssteuer Spekulationen eindämmen: 100 Mrd. Euro jährlich weltweit für Ernährung, Bildung und Umwelt umverteilen.

Knüppel aus dem Sack. Vor den Wahlen wurden noch Hunderte von Milliarden an Banker und Autokäufer verteilt, nun geht es allen an den Kragen, die ihr Geld zum Überleben brauchen. Nach der Fast-Pleite von Griechenland kündeten auch Großbritannien, Spanien, Italien und Deutschland "tiefe Einschnitte" in zweistelligen Milliardenhöhen bei Renten und Löhnen, Erhöhungen von Sozialbeiträgen und Mehrwertsteuer an. Und vor allem versuchen die Neoliberalen nun in der Krise der öffentlichen Haushalte mit Mittelkürzungen, Kopfpauschalen und Privatisierungen den Abriss des öffentlichen Sektors zu vollenden, den sie vor 35 Jahren begonnen haben.

Es wird Zeit, dass wir uns wehren. Es reicht nicht, wenn wir nur an unsere politischen Repräsentanten appellieren, uns vor den Machenschaften von "Spekulanten" zu beschützen. Vor allem dürfen wir nicht mitmachen, wenn uns nun irgendwelche Sündenböcke präsentiert werden.*)

Unsere Antwort kann jetzt nur heißen: Solidarität und Regulierung des wild gewordenen Kapitals.

Wir müssen uns einsetzen für den weltweiten Ausbau der sozialen Infrastrukturen, vor allem im Bildungsbereich, und uns engagieren für eine demokratische Steuerung des Kapitals.

Eine erste notwendige Maßnahme ist die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) von mindestens 0,05% auf alle Geschäfte mit Finanztiteln (Aktien, Anleihen, Devisen, ...).*)

Eine solche Steuer würde die Spekulationsgeschäfte eindämmen und zugleich **jährlich über 100 Milliarden Euro** einbringen, mit denen endlich eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung der globalen Gesellschaft auf den Weg gebracht werden könnte.

Vom 26.-27. Juni treffen sich in Toronto die Regierungschefs der G 20, der mächtigsten Wirtschaftsländer, um über die Neuordnung des globalen Finanzsystems zu beraten. Doch ohne massiven öffentlichen Druck wird auch dieses Gipfeltreffen keine wirklichen Ergebnisse bringen.

Macht mit: Schließt euch den zahlreichen Initiativen an. Informiert euch: im Internet auf der Kampagnen-Plattform des internationalen Aktionsbündnisses:



www.makefinancework.org

oder auf der deutschen Plattform des Aktionsbündnisses:



www.steuer-gegen-armut.org, oder bei Attac: www.attac.de

Unterzeichnet die Petition. Bildet Aktionsgruppen ... Diskutiert. Agitiert. Beteiligt euch an den **Demonstrationen für eine solidarische Gesellschaft in Berlin und Stuttgart am 12. Juni**. Kommt auf die **Informationsveranstaltung mit Winfried Wolf: Dritter Staatsbankrott? Die Wirtschaftskrise, die EU und der Sündenbock Griechenland, 13. Juli, 19:30, Bahnhof Langendreer, Studio 108**.

Wir zahlen nicht für eure Krise – wir holen unser Geld zurück!

*) weitere Informationen auf der Rückseite

attac-netzwerk.de/bochum

Erläuterungen

Zuwächse nur für Reiche

Es wird viel über die zunehmende Verarmung der Bevölkerung geredet. Doch die größten Veränderungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung ergaben sich in den letzten Jahrzehnten weltweit an der Spitze der Vermögensverteilung: In Deutschland stellt das größte Wirtschaftsforschungsinstitut DIW 2007 für die Zeit von 1990 bis 2004 fest: *"Während die preisbereinigten Einkommen im Durchschnitt konstant blieben, gab es für die oberen 10 % der Einkommenspyramide nennenswerte Zuwächse. Diese Gruppe konnte ihr reales Markteinkommen von 1992 bis 2001 um gut 7 % steigern. Die „ökonomische Elite“, die oberen 0,001 % der Einkommensbezieher, erzielten gegenüber 1992 sogar einen realen Einkommensanstieg um 35 %."*

Krisen und Staatsschulden gehören zur Funktionsweise des Finanzkapitalismus

Es sind nicht die Ansprüche der griechischen Erwerbsabhängigen, die uns die aktuelle Eurokrise bescheren, sondern ein kapitalistisches System, das sich seit 30 Jahren nur noch mittels eines riesig aufgeblähten Finanzsektors erhält, und in jeder Finanzkrise mit neuen Steuermilliarden vor dem Crash gerettet werden muss. Rund 3,5 Billionen Euro wurden in der letzten Krise zur Stützung von Banken und Konjunktur ausgegeben und trieben die Verschuldung in neue Rekordhöhen. Die Eurozone steht gegenwärtig mit 7 Billionen Euro, die USA mit 13 Bill. Dollar in der Kreide. Die höchste Schuldenquote weltweit hat aber nicht Griechenland (112%), sondern die zweitgrößte Volkswirtschaft Japan mit 180% des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Die Verabsolutierung von Profitorientierung, Privatisierung und Konkurrenz ist eine wesentliche Ursache der aktuellen Krise.

80 Mrd. Euro wurden 2008 in Deutschland von den Unternehmen nicht investiert sondern verschwanden in Finanzanlagen, hinzu kamen 180 Mrd. Spargelder wohlhabender Bürger, nicht zuletzt aufgrund einer zunehmend privatisierten Altersvorsorge. Dieses überflüssige Geld fehlt für nachhaltige Infrastrukturprojekte, bläht aber die Finanzmärkte auf und heizt eine deutsche Exportwirtschaft an, die immer mehr Geld mit Rüstungsexporten verdient. *"Deutschland hat seine Rüstungsexporte in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt - so das Ergebnis einer Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI."* (<http://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte104.html>)

Verkauft wurden deutsche Waffen vor allem an Südafrika, die Türkei und – Griechenland.

Mit der Finanztransaktionssteuer (FTT) Vermögen sozial umverteilen

Nicht Sparen ist das Gebot der Stunde, sondern der soziale und nachhaltige Einsatz von Ressourcen. Dazu muss jeder Einzelne sich für solidarische Lebensverhältnisse engagieren und zusammen müssen wir uns das Geld von den Unternehmen und Reichen zurückholen, denen seit der rot-grünen Regierung großzügige Steuergeschenke gemacht wurden. Ein Mittel dafür ist Attacs Gründungsforderung nach einer Steuer auf Finanzgeschäfte, die Finanztransaktionssteuer.

Besteuert wird der Handel mit allen Arten von Finanzvermögen (Aktien, Anleihen, Derivate etc.), nicht betroffen wäre der Handel mit Gütern, für den Arbeitsmarkt und den Interbankenverkehr. Erhoben würde die Steuer für jede einzelne Transaktionen ganz einfach durch ein Computerprogramm. Bewirken würde die FTT vor allem eine Eindämmung der kurzfristigen spekulativen Finanzgeschäfte und gleichzeitig bei einem Steuerersatz von 0,1% weltweit ein Steueraufkommen von jährlich über 700 Mrd. Dollar erbringen.

Prominente Ökonomen wie die Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph E. Stiglitz haben sich für die FTT ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung, die trotzdem, offenbar unter dem Einfluss der Finanzmarkt-Profiteure, die Steuer verhindern möchte, stiftet Verwirrung, indem sie mal dagegen, dann unverbindlich dafür ist oder alternative Steuervorschläge macht. Doch die sogenannte Bankenabgabe ist sinnvoll als Ergänzung, nicht aber als Ersatz für die FTT, denn sie hat keine nachhaltige Lenkungswirkung und ein viel geringeres Einnahmepotential (ungefähr 1/20 der FTT).

Quellen:

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/1683773_Wissenschaftlerin-Saskia-Sassen-uebermaessige-Verschuldung-stoppen.html; <http://www.blaetter.de/archiv/autoren/2010/april/griechische-tragoedie>; http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozpol.html; <http://www.attac.de/aktuell/finanztransaktionssteuer/materialien/>